





die der Verfassung „grundtätlich feindlich“ gegenüberstehen. Dagegen sollen die Mitglieder der Einwohnerwehren und Selbstschutzzformationen ausdrücklich übernommen werden, „wenn sie den Bedingungen entsprechen“.

Die Aufnahme erfolgt durch Ortswehr-, Bezirkswehr- und Kreiswehr- und Kirchwehrausschüsse, die aus sieben Mitgliedern bestehen. Alle im Kreise vertretenen Parteien, die auf dem Boden der Verfassung stehen, müssen in ihnen vertreten sein. Selbst wenn man unsere Partei beistimmen wollte und diese eine Beteiligung auch nicht selber ablehnen würde, so würden die bürgerlichen Parteien in diesen Ausschüssen immer die Mehrheit haben. Dazu kommt, daß die bürgerlichen Vertreter noch aus anderen Gründen (freie Zeit usw.) gegenüber den Arbeitern im Vorteil sind. Die Aufnahme soll erst nach „gründlicher Prüfung der Unterlagen und nach eingehender Information“ erfolgen. Zur Aufnahme sind mindestens vier Stimmen erforderlich. Die Wehrausschüsse sind verantwortlich für die „Freihaltung von unzuverlässigen Elementen“. Wer also bei der Aufnahme alle Klappen umschiffert hat, kann wieder jederzeit ausgemerzt werden.

Die Ausschüsse werden vom Landrat auf Vorschlag der Kreisräte unter Zuziehung der Gemeindevorsteher usw. ernannt.

Die Tätigkeit dieser Ausschüsse wird durch Kreiswehrausschüsse kontrolliert. Diese bestehen aus sechs Personen, welche auf Vorschlag des Landrats vom Provinzialwehrausschuss ernannt werden. Letzterer besteht aus zehn Personen. Ernannt sind zwei Rechtssozialisten (Landtagsabgeordneter Seemann und Bezirksleiter des Landarbeiterverbandes Jäder) und acht Bürgerliche. Die Bürgerlichen hatten es entschieden abgelehnt, „sich irgendeinem Einfluß der sozialdemokratischen Partei oder der Gewerkschaften zu unterstellen“. Das hindert aber die S. P. D. nicht, trotzdem mitzumachen. Dabei hatte ihre Generalversammlung als Voraussetzung für eine Beteiligung ausdrücklich parteiliche Zusammensetzung aller Ausschüsse und Ausschluß der Organe gefordert. Es scheint dort auch schon die vielgeschmähte Diktatur einzelner Führer zu herrschen.

Der Kreiswehrausschuss soll auch die Zusammensetzung der vorhandenen Wehren ständig kontrollieren und die Auflösung der Wehren beim Landrat (1) veranlassen, die in der Mehrheit ihrer Mitglieder „nicht auf dem Boden der erlassenen Bestimmungen stehen“.

In den freisicheren Städten dürfen Ortswehren nicht aufgestellt werden. Dort werden nur Wehungen für die Grenzwehr entgegengenommen. Durch diese Ausnahme sollen angeblich „für den Fall der höchsten Not möglichst zahlreiche Kräfte für den Wehrdienst an der Grenze freigestellt“ werden. Das ist freilich ein höchst schwindelhaftes Manöver in den Orten, wo große Arbeitermassen vorhanden sind, diesen keine Waffen in die Hände geben. Herr Siehr kann unbefragt sein, die Arbeiter der Städte laufen nicht noch einmal nach der Grenze wie 1914, wenn es unseren Herrschenden beliebt, sich etwa in einen neuen Krieg einzulassen.

Als Wehrführer sollen nur Personen gewählt werden, die die „erforderliche Erfahrung“ haben. Das Instrument wird also den Offizieren in die Hände gespielt. Die Wehrführer der Organe sind noch „fast ausnahmslos“ die früheren Führer der „ausgelösten“ Einwohnerwehr; sie bleiben auch die Führer des stehenden Selbstschutzes. Denn um diese Frage drehte sich ja die Einigung.

Die Wehr bezweckt den „Schutz des Deutschtums“ im Osten, die „Aurechterhaltung der Neutralität“ und der „Ruhe und Ordnung“ (ursprünglich etwas deutlicher ausgedrückt: den „Schutz von Person, Arbeit und Eigentum“).

Das Aufgebot der Wehr erfolgt, wenn Sicherheitspolizei und Reichwehr nicht in der Lage sind, „Ruhe und Ordnung“ aufrecht zu erhalten, ferner „bei Gefahr für Leben und Eigentum“, sowie bei „Störungen des öffentlichen Verkehrs“. Auf dem platten Lande sind in diesen Fällen Ortswehrführer und sogar auch die Führer der Unterabteilungen berechtigt, Teile der Ortswehr selbständig aufzubieten. Jedem Arbeiter muß es klar sein, daß dieser Aufruf unbedingt bei Landarbeiterstreiks, sowie bei Streiks im Verkehrsgewerbe usw. geschehen wird. Die

Wehren sollen also auch als Technische Profithilfe verwendet werden. Wehrmänner oder ganze Wehren, die diese Streikbrecherarbeit oder den Schutz von Streikbrechern verweigern, werden wegen Gehorsamsverweigerung entlassen und entwaffnet — wenn sie überhaupt in den Besitz von Waffen gekommen sind!

Wehrmänner haben im Dienst die Rechte eines Hilfs-polizeibeamten. Personen, insbesondere Streikende und Streikposten, die sich ihnen widersetzen, machen sich insolge dessen des Widerstandes gegen die Staatsgewalt schuldig und werden nach den harten Bestimmungen des Strafgesetzbuches bestraft.

Die Leitung der Wehren befindet sich in den Händen der reaktionären Kreisräte, die bisher Führer der Einwohnerwehren waren. Ueberhaupt ist der neue Selbstschutz nach dem Muster der Einwohnerwehren aufgebaut und erweitert worden — ebenso wie die Organe!

Wenn Herr Siehr sagt, die Organe ist aufgelöst und existiert nicht mehr, es gibt nur noch einen behördlichen Selbstschutz, so sagen wir, den Arbeitern ist es gleich, ob die geschwätzige Bewaffnung des Bürger- und Junkertums nach Siehr oder Siehr benannt wird. Beide waren in dem Ziel einig, ein Instrument gegen die flavenbewußte Arbeiterschaft zu schaffen. Siehr hat die Geheimorganisation der Junker durch sein Werk nur legalisiert. Er übernimmt sie und baut sie mit Staatsmitteln weiter aus.

Wir wollen keine weiße Garde, keine Technische Nothilfe und keine neuen Baltikumer! Darum fort mit dem Selbstschutz!

## Sie freuen sich!

Wir haben bisher darauf verzichtet, die Äußerungen der bürgerlichen Presse über die Auseinandersetzungen in der Unabhängigen Sozialdemokratie wiederzugeben, denn sie zeigten zum großen Teil von der Unfähigkeit der bürgerlichen Politiker, den Inhalt des Kampfes, den jetzt unsere Partei erlebt, zu verstehen. Heute sei eine Ausnahme gemacht. Die „Post“, das Blatt der Schwerindustriellen Scharfmacher, schreibt in ihrer heutigen Morgenausgabe folgendes:

Nach wenn die Linke innerhalb der U. S. P. über kurz oder lang offiziell aus der Partei ausscheidet, wird damit der Radikalismus aus dieser Partei keineswegs ausgeschaltet, und man wird auch ferner ein wachsam Auge auf die „gereinigte“ U. S. P. haben müssen. Vom parteipolitischen Standpunkt aus betrachtet bedeutet der Krach in der U. S. P. eine große Blamage: das Proletariat, das sich bei jeder Gelegenheit seiner Geschlossenheit rühmt, ist, wie man sieht, in Wahrheit nicht einmal in den politischen Prinzipien und Methoden einig. Dem deutschen Bürgertum kann diese Uneinigkeit nur willkommen sein, denn sie schwächt die Schlagkraft des Proletariats und bedeutet einen heilsamen Dämpfer gegenüber allen zu hoch gesteckten Zielen.

In diesem Falle muß man dem reaktionären Blatte recht geben. Je ungestümer das Proletariat sich gegen die Köpfe einschlägt, desto günstiger werden die Aussichten der Bourgeoisie, die Arbeiterschaft wieder völlig unter das alte Joch zu bringen. Nicht umsonst hat Karl Marx das kommunistische Manifest mit den Worten geschlossen: „Proletariat aller Länder, vereinigt Euch!“ In dieses Wort sich zu erinnern, ist jetzt mehr denn je die Pflicht jeden Arbeiters. Wer in dieser Stunde das Proletariat aus dem Spalt, der besorgt die Geschäfte des Bürgertums!

## Aus der kaiserlichen Republik

Wir leben in einer „Republik“. Die Mitglieder des früheren Kaiserhauses und der anderen Königl. herzoglichen und fürstlichen Häuser sind zwangsweise in den Ruhestand versetzt worden. Die oberen Besten sind aber davon noch nichts gehört zu haben, sonst könnte man sich nicht das nachstehende Telegramm erklären, das von der Eisenbahndirektion Münster an die Bahnhöfe Stendal, Bielefeld, Bielefeld, Hannover, Minden und Böhme gerichtet worden ist:

Am Dienstag, den 17. August, reist die frühere Kronprinzessin und Begleitende im Salon 20 Berlin mit D 172 nach Ammerort. 12 Karten erster Klasse werden gelöst. Zug ist pünktlich durchzuführen. (gez. Müllendorff.) Es ist rührend, welche Rücksichten auf die frühere Kronprinzessin

genommen wird. Gewöhnliche Sterbliche müssen sich in überfüllten Zügen herumdrücken, für die Arbeiter insbesondere sind die schlechtesten Wagen 4. Klasse noch gut genug. Wenn aber so eine Kronprinzessin reist, dann wird sofort ein Salonwagen zur Verfügung gestellt und es ergeht telegraphisch Anweisung, daß der Zug pünktlich durchzuführen ist.

Die monarchistischen Herrschaften haben es in der kaiserlichen Republik fast noch besser, als unter der früheren Staatsverfassung.

## Mülldorffs Angst vor der Wahrheit

Der Verlag „Gesellschaft und Erziehung“ veröffentlicht in diesen Tagen die Schrift eines höheren Offiziers, der Herrn Mülldorff Namen und Charakter unter die Lupe nimmt. Er kommt dabei zu getragenen vernünftigen Resultaten in Bezug auf die Wahrheitsliebe dieses freilich jetzt schon angeschimmelten Nationalhelden. Der Verfasser schreibt, daß das Kennzeichen an Mülldorff seine Scheu vor der Wahrheit gewesen sei, welche Beobachtungen ja durch die Art seiner Kriegserichterstattung und Memoirenschreiberei voll und ganz bestätigt wird. Die Lüge im Kriege habe das Volk erzerrt und sei mit aller Raffinesse gepflegt worden:

Das wurde nun unter Mülldorff nicht anders, ja immer schlimmer; Lüge wurde zum Karottikum, zur Fahne und zum Schiboleth „deutschnationaler“ Gesinnung. Auch Mülldorff konnte nicht so das Volk gesehen haben, wenn er nicht der Spiegel gewesen wäre. Er glaubt, daß das Volk die Wahrheit liebt, weil er sie selber liebt. Er gebietet zu jenen Naturen, die das Schlangenhaupt der Gegenseite nicht erblicken können, ohne an ihm zu erkranken, die sich Zweifel nicht haben lassen dürfen, da er sie zertrübt. In der Gefahr schließen sie die Augen, schlagen um sich und rufen Sieg.

Die Wahrheit dieses Charakterbildes wird man nach allem, was man bisher mit Mülldorff erlebt, nicht bezweifeln können. Wozu ja noch kommt, daß er nicht nur virtuos lügen kann, sondern auch noch persönlich ein Fegling ist, der jedesmal auskniff, wenn die Situation für ihn dringlich wurde. So nach Ausbruch der Revolution, so nach dem Zusammenbruch des von ihm geförderten Kapp-Putschs, nachdem er die Kapp und Wittich „um Durchhalten“ aufgefodert hatte. Man braucht die Deutschnationalen und ihre geheime Kampforganisation wirklich nicht um diesen „Führer“ zu beneiden, der bei jedem anderen Volke es wohl nicht wagen dürfte, so anmaßend aufzutreten, wie er es in der demokratischen deutschen Republik ungestraft tun kann.

## Hebung des Handwerks

Die Korrespondenz „Dena“ berichtet: Wie wir in Erfahrung bringen, hat sich das Reichswirtschaftsministerium jetzt endlich entschlossen, eine besondere Abteilung für die Hebung des Handwerks einzurichten. An der Spitze dieser Abteilung wird ein Ministerialdirektor stehen. Für den neuwählenden Posten sollen bereits mehrere sachkundige Kandidaten vorgeschlagen worden sein, darunter auch ein bekannter süddeutscher Demokrat, der als energischer Mittelstandspolitiker in Handwerkskreisen allgemeine Geltung genießt.

Den Talenten dieser neuen Abteilung und der energischen, süddeutschen Mittelstandspolitiker muß die Arbeiterschaft größte Beachtung schenken. Wir können den Handwerkern gewiß das Leben, aber uns graut, wenn wir von Hebung des Mittelstandes hören. Alle Maßnahmen zu diesem Zweck laufen in der Regel hinaus auf reaktionäre zünftlerische Leistungen und eine verschärfte Ausbeutung und Rechtlosmachung der im Handwerk beschäftigten Arbeiter und — vor allem — der Lehrlinge.

Wittwinow nach Rußland abgereist. Nach einer Meldung aus Stockholm ist Wittwinow nach Rußland abgereist. Die schwedische Regierung erteilte ihm die Zustimmung zur Durchreise durch Schweden; er darf aber nirgends im schwedischen Bereich Aufenthalt nehmen.

Mittlerweile für Deutschland. Wie aus Rom an den „Matin“ gemeldet wird, hat Italien die Bezahlung des 7. Teiles der Anleihe an sich genommen, die die Allierten Deutschland bewilligt haben, jedoch Italien vom 1. des Monats an 6 Monate hindurch die Summe von 21 Millionen zu bezahlen haben werde.

Die amerikanische Anleihe an Frankreich. Die amerikanische Anleihe an Frankreich wird 100 Millionen Dollar betragen. Sie wird eine Laufzeit von 20 Jahren haben und mit 10% verzinst werden.

Das neue spanische Ministerium. Das neue spanische Kabinett setzt sich aus folgenden Persönlichkeiten zusammen: Borrich und Leuzeres Dato, Staatsminister de Lemay, Minister des Innern Buguiala, Finanzen Basqual, Krieg Serrano Eca, Pöfentliches Unterrichts- und Marine de Portagre, Justiz Ordoboz und Arbeit Canale.

## Der Grizzlybär

(Mein erster Traum beim Militär\*)

In Hott, den Covertcoat an, sehe ich auf dem Bahnhof Charlottenburg. Der Bahnsteig ist überfüllt von Menschen. Wo er nicht überdeckt ist, am äußersten Ende, wartet eine Abteilung Soldaten, anscheinend Landstürmer älteren Jahrgangs, Urlaubser oder Ersatz, der zur Front soll. Bärtige gedrungene Gestalten, meist rotblond. Ihre Gewehre stehen in Pyramiden gerade noch unter der Bahnsteigbedeckung. Es beginnt zu regnen. Die Soldaten, in Doppelreihen angeordnet, werden nach einer Unterweisung sich offenbar nicht anregen lassen. Er tritt einfach aus der Reihe heraus. Sein Vorgesetzter gerät mit ihm in Streit, nach wenigen Augenblicken so heftig, daß er den Mann unter Zuhilfenahme zweier Bahnangestellten verhaften und abführen läßt. Doch wie man nun ihn auf uns zuführt, an den Gewehrpyramiden vorbei, ergreift er rasch ein —

und im selben Augenblick schreut er etwas ein, die Uniform wird zu einem lehmgrauen zottigen Fell, die Vorderarme verlängern sich, der Schädel reckt sich höher als zwischen ungeheueren Schutzhelmen schräg nach vorne:

In wenigen Sekunden hat sich der Verhaftete in ein Tier verwandelt, halb Orang-Utang, halb Grizzlybär. Er steht auf den Hinterfüßen. Wir Wartenden stauen uns nach rückwärts, gebannt vom wie wahrhaftig starrenden Blick des auf uns zuschreitenden Affenbären. Da: ein Schrei letzten Entsetzens bricht zugleich aus vielen verzerrten Gesichtern! Das zottige Tier zielt, die Brustung der vom Bahnsteig herabstührenden Treppe als Anschlag benutzend, mitten in die Menge hinein. Wir springen mit der Panik einer Herde auf den Schienenkörper hinunter, ich als letzter von dem nun menschenleeren Bahnsteig. Schrottschüsse lauten über unsere gebuckelten Rücken. Das Rennen hat aufgehört, alles verharret jetzt in Dichtung, erschöpft, fast reglos — da wird es unheimlich dunkel, ein Schatten gleitet: unter schauderndem Metallgeleise läuft ein in den Klauen der erwartete Zug.

Wach, schwergebadet lag ich im Schlaftal der Kaserne zu Reuthen, D. S., zwischen schnarchenden Soldaten. Atmen war Qual, so stank die Luft. Und wie es mir langsam bewußt wurde, daß dies die erste Nacht beim Militär ist, daß zahllose vielleicht folgen werden, ja, daß wohl erst einige Stunden dieser Nacht verfließen sind, da erlitten mir der soeben im Traum erlebte Tod annehmbarer, als diese Wirklichkeit zwischen schnarchenden Sklaven.

\*) Aus „Tragödien der Nacht“, Träume von Wieland Herzfelde (Ratib Verlag Berlin). Dieses Bändchen mit den charakteristischen Zeichnungen von George Grosz enthält Träume aus dem Alpdruck gelpensthafter Wirklichkeit, die zu übernatürlich phantastischen Visionen gesteigert sind.

## Das Winterprogramm der großen Volksooper

Die Große Volksooper, von deren Gründungsplan an dieser Stelle schon die Rede war, ist im letzten Winter mehrfach mit Veranstaltungen an die Öffentlichkeit getreten, die der Propagierung des Gedankens dienen sollten. Inzwischen hat die Vorbereitungsarbeit erfreuliche Fortschritte gemacht. In ganz Groß-Berlin sind etwa 600 Bestellen erteilt, die Zeichnungen entgegenzunehmen, und in den ersten zwei Monaten dieser Werbestunde ist bereits über eine Million Mark in Anteilen gesammelt worden. Am den Anteilgebern sofort, schon vor der Eröffnung der Oper selbst, den Genuß guter musikalischer Darbietungen zu billigen Preisen zu ermöglichen, hat die Große Volksooper für den kommenden Winter ein umfangreiches künstlerisches Konzertprogramm festgelegt, zu dessen einzelnen Veranstaltungen die Anteilgeber jeweils Karten zu sehr billigen Preisen erhalten. Vorgelesen ist u. a. ein Zyklus von 6 Konzerten in der „Neuen Welt“, bei denen unter der musikalischen Leitung von Blech, Schillings, Ritsch, Wud und unter Mitwirkung des Philharmonischen und Bläser-Orchesters, des Dom-Chors und von Solisten, wie Helene Wildbrunn, Melonie Kurt, Gertha Stoltenberg, Barbara Kemp, Karl Krüger, Josef Mann, Eduard von Winterfeldt, die IX. Symphonie, Werke Wagner, Werke Verdi und Puccini, Schillings und Straußens, klassische Operetten in organischer gegliederter Zusammenfassung zur Wiederabgabe gelangen sollen. Im „Narmosol“ finden 6 Opernabende mit Orchester statt, bei denen neben den schon erwähnten Künstlern noch andere hervorragende Solisten mitwirken. Für den „Bläser-Saal“ sind 6 Konzerte mit dem Bläser-Orchester unter der Leitung von Scheinplig arrangiert, der sich damit von Berlin verabschiedet. Sie bringen die IX. Symphonie, Mahlers Lied von der Erde mit der Berliner und Waldemar Henke, Schumanns Konfession mit Ludwig Wöllner, einen Brahms-Abend mit Fritz Busch und einen Tschaisowski-Abend. Ein Konzert des Dom-Chors unter Rüdell, ein Niederabend und einige Konzerte in der Philharmonie ergänzen das Programm. Ihrem Zweck, hauptsächlich weniger Bemittelten beste Kunst zu bieten, kommt die Volksooper jetzt schon näher durch Abgabe einer großen Zahl billiger Karten an die verschiedensten Berufsorganisationen.

„Die Scheidungsreise“, ein gleichgültiger Schwank mit musikalischer Umrahmung, gibt jetzt (im dunklen Spiel mit Trude Hesterberg und anderen) im Künstlertheater Berlin stärksten Komiker, Max Adalbert, aufs neue Gelegenheit, die lustigsten Capriolen zu schlagen. Hier ist ein von unerlöschlicher Natur sprudelndes Talent in Gefahr, als Spasmacher zu verwallen, was nach höherer künstlerischer Gestaltung schreit. Also, lieber Max Adalbert, erinnern Sie sich an Ihren „Vaterich“ und andere Köstlichkeiten, die Sie uns schenken, schaffen Sie sich und uns neue Rollen dieser Art und Ihre Volkstümlichkeit wird dann über Berlin W. W. hinaus noch wachsen.

## Proletarische Feierstunden

In der Sonntags-Veranstaltung der „Proletarischen Feierstunden“ im Großen Schauspielhaus hatten unsere Genossen Gelegenheit, das tschechische philharmonische Orchester aus Prag kennen zu lernen. Die Musiker hatten sich während ihrer diesigen Berliner Konzerte freudig bereit erklärt, vor der revolutionären Berliner Arbeiterschaft zu musizieren, ein tatkräftiger Beweis für die unter ihnen herrschende sozialistische Gesinnung. In einführenden Worten gab Genosse Stößinger eine kurze Erklärung zu der Geschichte des tschechischen Volkes, und erklärte die Werke unter Betonung ihrer soziologischen Zusammenhänge. Das Orchester spielte drei symphonische Dichtungen des tschechischen Komponisten Friedreich Smetana und die pathetische Symphonie des Russen Tschailowsky. Die „Proletarischen Feierstunden“, die mit der Arbeiter-Marschallade und der österreichischen Arbeiter-Hymne eingeleitet wurden, sind durch diese Veranstaltung um ein gutes Stück weiter geführt worden.

## Von der Oper zum Metropoltheater

Zimmerlin — das Auftreten der in Berlin und darüber hinaus geschätztesten deutschen Opernsängerin auf einer Operettenbühne war bemerkenswerter als die neue Operette Emmertich Komler, die von Wien aus ihren erfolgreichen Lauf nahm. Sie heißt diesmal „Das Hollandweibchen“ und spielt hinter der von musikalischen Einfällen funkelnden „Czardasfürstin“ des ungarischen Komponisten erheblich zurück. Eine schwächere Arbeit, die aber mit allerhand humorigen Zutaten aufgeputzt, ihren leichtlebigen Zweck erfüllt. Nach einem penälschen ersten Akt, der „bei Josef“ spielt, verleiht sich die Operettenprinzessin in ein holländisches Mädel und findet in dem fleidamen besten Gemüthel den glaubwürdigen Liebsten. Man hätte in der Generalintendantur unserer Staatsoper nach dem Kontraktbruch der Duß einen anderen Ausweg suchen und finden sollen, als sie gerade dem Metropoltheater freizugeben, wo sie in dem für sie neuen Fach der ihr darin weit überlegenen Massary im Spiel nicht recht aufkommen und sich auch gelanglich trotz ergänzender Ueberarbeit der Partitur nicht so frei entfalten konnte, wie es ihre wundervolle Stimme verlangte. Man spürte Zurückhaltung und ähnte hemmende Verdrückung, die die Freude an dem herrlichen Gesang ein wenig trübte. Man jubelte ihr zu, wie einst — und hoffentlich bald wieder — in der Oper. Mit sprechender und singender Bravour waren Fritz Werner aus Wien bei anstehend guter Laune, Molly Wessely von Soubrettehaft sprühend ausgelassenheit, Guido Tiescher, der broßig-rundliche Komiker, und Albert Kugner, ein stramm durchhaltender Tenor. Die Vorstellung währte über vier Stunden — so lange Dauer



# Die Berliner Eisenbahner-Betriebsräte und die Transportkontrolle

In einer stark besuchten Versammlung der Betriebsräte der Eisenbahn-Direktion Berlin berichteten gestern Abend im Gewerkschaftshaus die Genossen Sabath über die Berliner und Dr. Rosenfeld für die Reichstransportkommission über die gegenwärtige Situation. Mit aller Schärfe wandten sich beide Redner gegen die Erlasse des Reichsverkehrsministers Gruner, die einen Bruch der Verabredungen bedeuten, welche von der Reichskommission mit der Regierung getroffen sind. Der Appell der Redner an die Eisenbahner, einzig und geschlossen nach den Anweisungen von der Arbeiterschaft eingeleiteten Kontrollkommission zu verfahren und alles zu tun, um die Neutralität Deutschlands zu wahren, fand allgemeinen Beifall bei den Eisenbahner-Betriebsräten.

Dann wurde in der Diskussion von kommunistischer Seite der allerdings kläglich gescheiterte Versuch gemacht, die geschlossene Front der Eisenbahner zu sprengen. Ein gewisser Schulz von der Zentrale der R. P. D. forderte, daß die Eisenbahner auch die Ententezüge anhalten und die Union, wie es in Erfurt geschah, in die Luft sprengen sollten. Die deutschen Arbeiter sollten sich vor internationalen Verwicklungen nicht scheuen, die russische Armee würde zur Hilfe bereit. Später sagte derselbe Redner: „Ich wäre ein dummer Junge, wenn ich zum Krieg aufrufen würde.“ Schulz lag den Eisenbahnerbetriebsräten vor, daß Deutschland nach den mit der Entente abgeschlossenen Verträgen gar nicht verpflichtet sei, die Ententezüge durchzulassen. Das behaupteten nur die Führer der Arbeiter, um die Arbeiter geneigt zu machen, den Ententezügen keine Schwierigkeiten zu bereiten. Schließlich beantragte Schulz die übliche, von der Zentrale der R. P. D. überall in Deutschland durchgeführte Resolution, in der unter Anerkennung des Auftrags des Reichstransportkommissioners, und mit der Behauptung, daß die Reichskommission nur die deutsche Regierung unterstütze, und daß die Entente imperialistische Hilfsdienste gegen Sowjetrußland leistet (!), gefordert wird, daß alle Truppen, Waffen- und Munitionszüge angehalten werden sollen.

Es war dem Genossen Dr. Rosenfeld ein Vergnügen, diese nur auf die Unwissenheit der Zuhörer berechneten Argumentationen des kommunistischen Redners zu widerlegen. Besonders interessant war dabei, daß Genosse Dr. Rosenfeld aus einer von ihm in Erfurt abgehaltenen Versammlung berichten konnte, daß derselbe dort abgehaltene Versammlung ausdrücklich zum Krieg gegen die Entente aufgefordert hatte. Heute bezeichnet dieser Schulz die Entente als dumme Jungen, der zum Krieg aufrufe. Ein weiterer Vertreter der Zentrale der R. P. D. Genosse Rosenfeld führte aus: Die Befolgung der kommunistischen Parole, auch die Ententezüge anzuhalten und die Ententemunition in die Luft zu sprengen, kann die schwersten internationalen Verwicklungen bringen. Wer den Krieg nicht will, muß auch die Verpflichtungen aus den mit der Entente abgeschlossenen Verträgen beachten, durch welche Deutschland die Durchlassung der Ententezüge aufgezwungen werden. Alle kommunistischen Nebensarten können diese Verpflichtungen nicht aus der Welt schaffen. Bezeichnend ist, daß dieselben Kommunisten, die an dem Internationalen Gewerkschaftsbund ein gutes Haar lassen, ihn als gelb bezeichnen und seine Sperrung für ihre Hauptaufgabe erklären, jetzt in der von ihnen beantragten Resolution sich auf den Aufruf des Gewerkschaftsbundes beziehen. Die Arbeiterschaft muß sich entscheiden, ob sie hinter den politischen und gewerkschaftlichen Organisationen steht, welche die Transportkontrolle in die Hand genommen haben. Nur, wenn die Eisenbahner-Betriebsräte sich hinter die Spitzenorganisationen stellen, sind sie in der Lage, auch weiterhin die Interessen der Arbeiterschaft wahrzunehmen und für eine wirksame Transportkontrolle einzutreten.

Die Eisenbahner-Betriebsräte lehnten darauf gegen wenige Stimmen die kommunistische Resolution ab und nahmen fast einstimmig eine andere Resolution an, in der ausgesprochen wird, daß die Eisenbahner-Betriebsräte an dem Aufruf der Spitzenorganisationen festhalten und nach wie vor alles tun werden, was in ihren Kräften steht, um Transport von Truppen, Waffen und Kriegsgerät zu verhindern, die nach diesem Aufruf anzuhalten sind. Die Eisenbahner haben sich also fast einstimmig hinter die Spitzenorganisationen gestellt. Wenn die Eisenbahner einzig bleiben, dann wird kein Genosse imstande sein, ihre Forderungen unbeachtet zu lassen, dann wird auch die Neutralität Deutschlands gewahrt bleiben.

Schwach selbst bei bester Regie und Orchesterleitung die Wirkung. Geführt wird es für den langen Winter vorhalten, bei denen, die es sich leisten können und sich nicht entgegen lassen.

Die Volksbühne veranstaltet im nächsten Winter 15 Konzerte, von denen je fünf den Werken Bachs, Mozarts und Schuberts gewidmet sind. Außerdem finden Beethoven-Symphonien und Konzerte mit zeitgenössischen Kompositionen statt. Ihre Mitwirkung haben u. a. zugezogen: Ebdia Fischer, Waldemar Bülthgen, Prof. Dr. Friedberg, Kammergängerin Lala Wnd., Gmeiner, Georg W. Müller, Professor Biele, das Ringler-Quartett, Alfred Blüthgen, Alexander Kropff, Professor Brill, Fritz Weimann, Walter Dorewsky, der Berliner Domchor, der Berliner Lehrer-Gesangverein, die Kammermusikvereinigung der Staatsoper, das Blüthner-Orchester.

Die Volksbühne und Adele Sandrod haben ihren 50. Geburtstag gefeiert. Die Spielzeit laufenden Vertrag in gegenseitigem Einverständnis geschlossen.

Die Leitung des Blüthner-Orchesters übernimmt Selmar Heyrich als Nachfolger des Berlin verlassenden Dirigenten Paul Schepping.

Am Einsteigen. In der Zeitung „Demokrat“ wird von Bern aus angezogen, Professor Einstein an die Universität Bern zu berufen. Inzwischen hat anlässlich der jüngsten Vorgänge der russische Unterrichtsminister Danisch einen Brief an Professor Einstein gerichtet, in dem er „mit Schmerz und Besorgnis“ die Genossen des großen Gelehrten gerichtet. „Beratungen und Beratungen“ bedauert und ihm bittet, daß sich doch die besten für ihn einstellen, sich häßlichen Treiben keine weitere Beachtung zu schenken. Der Inhalt des Briefes lautet: „Ich darf deshalb wohl auch der bestimmten Hoffnung Ausdruck geben, daß die Gerichte nicht der Wahrheit entsprechen. Sie wollen jener häßlichen Angriffe wegen Berlin verlassen, das sich darauf berufen hat und sich nicht darauf verlassen wird. Sie, hochverehrter Herr Professor, zu dem ersten Frieden seiner Wissenschaft zu zählen.“

Theaterstreik in Wien. Ein in Wien wegen Gehaltsforderungen am Sonntag ausgebrochener Streik der Schauspieler hat eine Versöhnung erlitten. Die Differenzen zwischen den Forderungen und den Angehörigen, die die Direktoren als die äusserst möglichen erklärten, sind so groß, daß der Streik neben den vier Theatern, über die er zuerst verhängt wurde, auch sämtliche Privattheater ergreifen dürfte.

Schriftsteller und Dorothea. Der Richter Eichendorff schrieb am 8. Februar 1851 seinem Freunde Dorothea, der für eine mühevollen Arbeit ein schätzbare Honorar erhalten hatte: „Das lächerlichste Honorar für Ihr Werk ist so recht in der Ordnung unserer buchhändlerischen Niedertracht. Auch ich habe bei den neuen Ausgaben meine diesjährigen Erfahrungen wieder mehr bewahrt als mit dem 18. Es ist ja jetzt die Zeit der Assoziationen, wäre es denn nicht irgend möglich, daß ein Schriftstellerverein in Deutschland endlich einmal gegen Blattsänger ernstlich Front machte.“

# Die Lage in Oberschlesien Noch immer gespannt

Nach einer Volksmeinung wird die Lage in Oberschlesien immer gespannter. Eine Reihe neuer Fälle werden weiter gemeldet. In Lipino sollte die neue paritätische Jüdische eingeleitet werden. Darauf drangen bewaffnete polnische Jüdischen in das Lokal und erklärten, sie würden die Tätigkeit der neuen Polizei verhindern. Da die deutschen Mitglieder der neuen Polizei waffenlos waren, mußten sie der Gewalt weichen. In Myslowitz verlangten die polnischen Stadtverordneten nicht nur die Entlassung der einwirkenden Hundertschaft der neuen Abstimmungs-polizei, sondern auch die Entlassung der italienischen Besatzung. Einer polnischen Demonstrationssammlung am Ring gelang es, die Entlassung der Abstimmungs-polizei zu erwirken und auch die Italiener zunächst zum Abmarsch zu veranlassen. Die Italiener sind später wieder zurückgeführt.

In der Witzinggrube bei Bogitz haben die Polen dreizehn deutsche Beamte abgegriffen und auch dort polnischen Gehör eingestellt. Vermittlungsverhandlungen des polnischen Reichskommissars mit der polnischen Gewerkschaft, die von der Grubenleitung angeregt waren, sind bisher vergeblich gewesen. Die Vertretung hat sich auch an General Le Rond gewandt, der jedoch ablehnte, sich in wirtschaftliche Differenzen einzumischen. Als die Vertretung erklärte, daß sie dann die Grube schließen müsse, erklärte Le Rond: „Dann dürfen Sie die Verantwortung tragen.“ Der Vertreter der Vertretung hat darauf erklärt: „Die werbe ich tragen. Die Grube befehlen mir die Schließung der Gruben, wenn keine vergeblich anerkannte Beamte da sind.“ Auf die Frage des Vertreters der Vertretung, ob die Kommission bei Schließung der Grube die deutschen Arbeiter schützen werde, schweig Le Rond. Ein anwesender Italiener erklärte, daß eine Kompanie Italiener nach Bogitz geschickt werde.

Von einer Waffenablieferung der Polen sei nichts zu hören. Der englische Kreisinspektor in Bentsch, Major Otley, der infolge der politischen Entwicklung seinen Abschied eingereicht, aber im Gegensatz zu zwei anderen englischen Kreisinspektoren noch nicht demissioniert erhalten hat, erklärte einem deutschen Vertreter gegenüber, daß es unmöglich sei, von den Polen Waffen herauszubekommen. Er hat hinzugefügt, daß nach seiner Ansicht die Abstimmung nicht stattfinden könne, bevor die Waffen abgegeben sind.

# Die deutsch-polnischen Verhandlungen Eine Anklage der polnischen Regierung

II. Warschau, 7. September.

Kritisch wird durch den D. D. verlautbart: Die deutsch-polnischen Verhandlungen, deren der deutsche Außenminister Dr. Simons in seiner Rede vom 1. d. Mts. vor dem Reichstagsausschuss Erwähnung tat, reichen bis zu Anfang d. J. zurück und betreffen Fragen des Verkehrs, der Wirtschaft sowie der Auseinandersetzung und des Rechtstitels für die Übernahme der Verwaltung in den ehemals preussischen Gebieten durch die polnische Regierung. Diese Verhandlungen haben zu keinem konkreten Ergebnis geführt, lediglich infolge des ablehnenden Verhaltens der deutschen Regierung, die letztlich noch im Mai d. J. die Konferenz abgebrochen und ihre Delegierten aus Paris abberufen hat. Die Bemühungen der zuständigen polnischen Stellen um eine Aufhebung neuer Verhandlungen sind bis zum heutigen Tage fruchtlos geblieben. So oft über den Gegenstand und den Zeitpunkt der Verhandlungen eine Verständigung erzielt war, trat die deutsche Regierung mit neuen Vorbehalten und Bedingungen hervor und vernichtete schon allein hierdurch lange und mühselige Erörterungen. Demgegenüber vertritt die polnische Regierung nach wie vor den Standpunkt, daß eine schnelle Regelung der deutsch-polnischen Beziehungen im Wege von Verhandlungen in gleicher Weise für Polen wie für Deutschland unmöglich ist. Diese Auffassung teilen auch die Verbündeten Polens, deren Vermittlung die polnische Regierung in dieser Frage wiederholt angeregt hat. Berücksichtigt man diese Unterbrechung der Verhandlungen sowie die Tatsache, daß die bereits durch das Dekret des Ministerrats vom 10. April d. J. zugestandenen Bergbauarbeiten im Durchgangsverkehr durch den westpreussischen Korridor nur aus dem Grunde noch nicht in die Ausführung treten, weil die deutsche Regierung bisher ungenügend der polnischen Genehmigung direkte Züge auf der Linie Ezerst-König noch nicht verkehren läßt, so kommt man zu der Feststellung, daß die deutsche öffentliche Meinung, die angeblich durch die Schwierigkeiten bei der Ausreise oder Durchreise durch Polen empfindet, sich mit ihren Beschwerden und Forderungen nach Berlin, nicht aber nach Warschau wenden muß. Was die Art und Weise anbelangt, in der die oben erwähnten Forderungen sich Luft machen, so darf man wohl der Hoffnung Ausdruck geben, daß die in Warschau gegenüber dem polnischen und französischen Konsulat angewandten Methoden keine weitere Anwendung finden. Für gedankenlose und barbarische Handlungen eines von Agitatoren angeführten Pöbels, gegen wen sie sich auch richten mögen, finden wir in Uebereinstimmung mit dem Urteil aller ruhig und unparteiisch Denkenden lediglich Worte der Beurteilung, nicht aber der Erklärung.

Die deutsche Regierung wird nicht verfehlen dürfen, sich sehr eifrig zu dieser Erklärung der polnischen Regierung zu äußern.

# Blutlechzende Diener der Kirche

II. Brüssel, 7. September.

Die sechs Bischöfe Belgiens, mit Kardinal Mercier an der Spitze, ließen in allen Kirchen Belgiens ein Schreiben verteilen, in dem sie vor dem graujamen und wilden Feind warnen, der Rußland mit Blut besiedet und Polen überfallen habe. Weiter heißt es in dem Hirtenbriefe, daß eine dunkle Macht sich in dem Augenblick einmische, in dem England, Amerika und Frankreich angegriffen werden, sich an die Seite des tapferen belgischen Heeres zu stellen, um der ritterlichen Nation (Polen) zu helfen.

Die „dunkle Macht“, die den frommen Ansichten der blutleuchtenden Reaktion Grauen einflößt, ist natürlich das sozialistische Proletariat der Welt, das sich dem Versuch der Mächte, Sowjetrußland durch Unterwerfung Polens zu verschmelzen, entgegenstellt. Gegen diese Kämpfer für den Frieden soll die wahrhaft „dunkle Macht“ der schwärzenden Internationale mobil gemacht werden. Der sozialistische „Peuple“ wendet sich gegen diesen Versuch, Belgien in den Krieg zu ziehen und weist darauf hin, daß die Bischöfe auch die Aktion der Arbeiter gegen die Durchfuhr von Kriegsmaterial für Polen bekämpfen.

# Schweizer Sozialisten über Moskau

Bern, 6. September.

Die sozialistischen Nationalräte Graber und Raine lehnen in ihren Vätern die Bedingungen zum Beitritt zur dritten Internationale ab. Graber erklärt in der Sentinelle: Der Geist der Tyrannei und die drohende Sprache der Bedingungen müssen jeden empören, der nicht allen Stolz und Unabhängigkeitsstolz verloren hat.

# Die Reichstagswahlen in Schweden

Die Reichstagswahlen in Schweden haben Sonnabend und Sonntag stattgefunden, nachdem der Wahlkampf verhältnismäßig ruhig verlaufen war. Im Vordergrund stand die Sozialisierungsfrage. Die Sozialisierungsfrage der letzten sozialistischen Regierung waren, wie früher gemeldet, nicht nur von den Konservativen und den Bauerngruppen, sondern auch von den Liberalen u. a. dem früheren Staatsminister Eden, bekämpft worden. Nur eine Gruppe der Parteien der Rechten erklärte sich mit gewissen,

Sozialisierungsgruppen einverstanden. Der Wahlkampf erhielt sein Gepräge durch die Zersplitterung der Parteien. Die Versuche der Konservativen, eine bürgerliche Allianz gegen die Sozialdemokraten zustande zu bringen, sind an dem Widerstand der liberalen Führer gescheitert. Auch die Bauerngruppen lehnten die grundfähliche Zusammenarbeit der Rechten ab. Eine bürgerliche Koalition kam nur in einigen Orten zustande, in denen die Liberalen und die Bauern direkte Vorteile davon haben. In etwa 20 von 56 Wahlkreisen rechnet man auf eine Zusammenarbeit der bürgerlichen und Sozialdemokraten, die in Rechts- und Sozialistischem geteilt sind, während in einigen Kreisen gleichfalls zusammengekommen haben. Die Wahlausichten sind unsicher. Man erwartet Fortschritte der Konservativen und Freisinnigen. Die Mandatszahl der Sozialisten, die augenblicklich 88 beträgt, wird, wie man annimmt, vielleicht auf 80 heruntergehen.

# Der Tiszaprozess

II. Wien, 5. September.

Die militärischen Führer der Oktoberrevolution in Ungarn, der Stadtkommandant von Budapest, Hauptmann Viktor Getai und Oberleutnant Andras Janos, die im Tiszaprozess als Hauptzeugen geführt werden, sind nach Wien geflüchtet und veröffentlichten in dem hier erscheinenden Blatt „Ny Ember“ Beweise dafür, daß der eigentliche Urheber der Ermordung Stefan Tisza der gewesene Ministerpräsident Stefan Friedrich war. Das Blatt veröffentlicht Originalakten in photographischer Reproduktion, welche beweisen, daß das ungarische Militär in zwei Lager gespalten ist. Auf der einen Seite steht Getai und Major Proyag, auf der anderen Stefan Friedrich mit den Weiskorps-Truppen Dejas und den Erwachten Ungarn. Das genannte Blatt bringt weiter die Abschrift eines eigenhändig unterschriebenen Briefes des Majors Proyag an die ungarische Gefandtschaft, in welchem er um das Verhör des Oberleutnants Andras Janos bittet, der sehr schwerwiegende und belastende Daten gegen Stefan Friedrich besitzt.

# Der englische Gewerkschaftskongress

Amsterdam, 6. September.

In Portsmouth wurde heute der Gewerkschaftskongress eröffnet. Zugewogen waren 950 Delegierte, die 8 1/2 Millionen Mitglieder vertreten. Das Unterhausmitglied Thomas als Präsident hielt ein Ansprache, in der er den drohenden Kohlenstreik nicht erwähnte. Der Kongress nahm eine Entschlossenung an, in der die Entlassung des Bürgermeisters von Cort geordert wird.

II. London, 7. September.

In der englischen Kohlenkrise stehen offenbar Verhandlungen bevor. Ein Kompromiß über höhere Löhne für gesteigerte Produktion erscheint nach wie vor als die beste Lösung. Der englische Gewerkschaftskongress wird über die Errichtung des lange vorbereiteten Generalkabts für die englische Arbeiterbewegung Beschluß fassen. Seine Hauptaufgabe soll darin bestehen, die Streiks zu lenken und bei tätlichen Arbeitskonflikten einschreiten.

# Ruhe in Italien

II. Mailand, 7. September.

Der Sonntag verfiel in größter Ruhe. Die in den Fabriken verbliebenen Arbeiter hielten Propagandaveranstaltungen ab. Auch am Montag war es ruhig. Es wurde nicht der geringste Zwischenfall gemeldet. Die Meldungen aus Turin, Rom und anderen Städten besagen, daß die Ruhe und Ordnung nirgends gestört wurde.

# Polen und Litauen Die Feindseligkeiten beendeten

Paris, 7. September.

Savas meldet aus Warschau: Die polnisch-litauischen Feindseligkeiten sind so gut wie beendet. Die Friedensverhandlungen sollen unverzüglich in Mariampol stattfinden. — Aus Nachrichten aus verschiedenen Quellen geht hervor, daß die Bolschewiken dabei sind, ihre Streitkräfte im Norden wieder zu ordnen. Die Angriffe, die die Russen im Süden vorgenommen hatten, hatten lediglich den Zweck, die Aufmerksamkeit der polnischen Heeresleitung von der russischen Reorganisation im Norden abzulenken.

# Die Kriegslage

Paris, 6. September.

Ein Moskauer Funkpruch vom 4. da. meldet: In der Westfront bei Bresl-Litowsk dauern die Kämpfe an. In der Gegend von Wladimir Wolynsk haben unsere Truppen nördlich von Grubohow eine starke feindliche Abteilung geschlagen und mehrere tausend Gefangene gemacht. Sie vernichteten das zweite polnische Infanterie-Regiment. In der Südwestfront brachen unsere Angriffe einen feindlichen Vorstoß zum Scheitern. Der Feind wurde nach Westen zurückgeschlagen. In der Gegend von Halyk verfolgten die roten Truppen den Feind gegen den Dniestr. Im Arim-Abchnitt heftige Kämpfe. 14 West-südwelische Schiffe wurden eine feindliche Landungsabteilung in das Meer zurückgeschlagen. Im Süden wurden isolierte feindliche Gruppen von uns vernichtet.

# Gewerkschaftliches

An die Angestellten Groß-Berlins!

Sollt Dienstag, den 31. August, befinden sich die Berliner Kohleleger und Helfer im Streik. Von der Kollegenschaft der Gesundheitsindustrie, die in Afa-Verbänden organisiert ist, wird als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt, daß sie jeder Streikarbeit, auch solche, die ihr vielleicht in irgend einer unklaren Form angedeutet ist, strikt verweigert. Die Kolleginnen und Kollegen dieser Branche wissen, mit welcher Unternehmlichkeit Arbeiter und Angestellte hier zu tun haben. Es ist eine Unternehmlichkeit, in der sich Schamlosigkeit und Unfähigkeit in seltener Weise mischen. Alles muß geschehen, um in entsprechender Weise die streikenden Kollegen der Dandarbeiterchaft zu unterstützen. Jeder Kollege, vor allem Mitglieder von Betriebsvertretungen und Verbandsoffiziere müssen darauf achten, daß Streikarbeit in keiner Form geleistet wird. Wo es dennoch geschieht, ist sofort der unterzeichneten Geschäftsstelle Mitteilung zu machen, die im Einvernehmen mit der Streikleitung dann das weitere veranlassen wird. Die in großen Betrieben, Fabriken u. dgl. beschäftigten Betriebsleger und Helfer, die auf Grund eines besonderen Tarifvertrages arbeiten, über ihre Arbeit rechtmäßig aus. Der Streik ist den Kohlelegern und Helfern ausgenommen. Die gesamte Arbeiterbewegung muß die Streikenden unterstützen. Wir erwarten von allen Mitgliedern der Afa-Verbände vollste Solidarität. Alle zweckdienlichen Angaben sind zu richten an die Geschäftsleitung des Ortsrats Groß-Berlin der Arbeitergemeinschaft freier Angestelltenverbände, SB. 61, Belle Alliancestr. 7-10.

# Freimachung von Arbeitsstellen

Von der Branchenleitung der Vorkämpfer der Deutschen Filmgewerkschaft wird uns geschrieben: Eine äußerst erfolgreiche und wirksame Tätigkeit auf Grund der neuen Verordnung kann der Demobilisierungsausschuss Groß-



